



FOCUS vom 05.03.2022, Nr. 10, Seite 50

Wirtschaft
ENERGIE

Der Minister, der Krieg und die **Energiewende**

Deutschland will weg vom russischen Gas - nur wie? Robert Habeck steht vor einer großen Aufgabe, womöglich seiner größten. Dabei ist die Neuausrichtung der **Energiepolitik** auch eine Jahrhundertchance



Foto: Daniel Reinhardt/dpa

Crletta Heinz ist Unternehmerin in dreizehnter Generation. Und sehr oft, wenn nach der Hektik des Tages die schwermütigen Gedanken kommen, dann ist da die Sorge, dass sie die letzte sein könnte. Dass sie das 400 Jahre alte Traditionsunternehmen abwickeln muss. Dass sie als Letzte das Licht ausmacht. Die 37-Jährige produziert Flakons. Nicht irgendwelche, sondern die besten und schönsten. Etwa jede vierte Flasche im Regal einer Parfümerie stammt rein rechnerisch aus ihrem Betrieb. Gucci, Tiffany, Estée Lauder, Boss oder Calvin Klein: Große Marken setzen auf das Glas der Familie Heinz aus Kleintettau in Oberfranken. Mit 1500 Mitarbeitern ist der Betrieb einer der deutschen Hidden Champions. Ein Weltmarktführer, der nun um seine Existenz bangt. Die **Energiekosten**, in der Glasbranche traditionell sehr hoch, sind in den vergangenen Monaten um 500 Prozent gestiegen. "So etwas", sagt Heinz, "gab es noch nie." Schon vor Russlands Überfall auf die Ukraine war die Lage im Unternehmen angespannt. Nun hat sie sich weiter zugespitzt. "In den letzten Tagen ist es noch mal richtig in die Höhe gegangen", sagt Heinz. "Man kann überhaupt nicht planen. Es ist völlig unabsehbar, wie sich das jetzt weiterentwickelt." Die Industrie- und Handelskammer schätzt, dass 8000 der 23 000 Jobs der Region in Gefahr sind. Denn die Glasindustrie, die hier an der Grenze von Bayern zu Thüringen besonders stark ist, braucht so viel **Energie** wie kaum eine andere Branche. Gleichzeitig aber ist sie vor allem von Mittelständlern geprägt, denen anders als Konzernen die Mittel fehlen, um solch einen Preisschock zu verkraften. Jetzt lässt der Krieg die Preise weiter steigen. Und er macht uns allen klar, wie erpressbar wir geworden sind. Es ist das alte Problem, das derzeit leider wieder sehr aktuell ist: Wer mit Schurken Geschäfte macht, begibt sich in deren Hand. Wladimir Putin hat zwar bisher seine **Energie**-Kontrakte erfüllt. Aber nur deshalb, weil der russische Präsident das Geld braucht. Auch mit deutschen Euros, pro Tag sind es 27 Millionen Euro allein für das Gas, finanziert er sein Kriegsgerät. Wollen wir das?



Umwelt im Blick In Brunsbüttel soll eines der zwei LNG-Terminals entstehen. Norbert Pralow vom BUND sieht jedoch Risiken

Die Antwort der Deutschen lautet: Nein. Der Krieg in der Ukraine liefert dem Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) bei aller Tragik, bei aller Dramatik der Ereignisse ein komplett neues Argument. Jeder, der halbwegs bei Sinnen ist, wird zustimmen, dass eine Neuordnung der deutschen **Energieversorgung** jetzt vonnöten ist. Russland jedenfalls hat sich als Verhandlungspartner diskreditiert. Und mit Russland fallen langfristig 49 Prozent der Gasimporte weg. Der **Energiesektor**, traditionell eine der dunkelsten Ecken der Marktwirtschaft, weil durch und durch politisiert, soll wieder halbwegs zum Anstand zurückkehren. Zu Sonne, Wind und Wasser. Die regenerativen Quellen, das ist ihr Vorteil, sind nicht korrumpierbar, sie gehören niemandem, demzufolge gehorchen sie keinem, und niemand kann sie stoppen. Sie sind weder gut noch böse.

Politik im Panikmodus

Auf der Suche nach der **energiepolitischen** Unschuld also hat dieses Land entschieden, bis 2035 komplett auf **Erneuerbare** umzustellen. "Freiheitsenergien" nennt Finanzminister Christian Lindner (FDP) das. Das klingt nach einem durchdachten Konzept, nach souveränem Regierungshandeln. Mitnichten, es ist Politik im Panikmodus. Niemand weiß, ob der Plan aufgeht - bis 2035 ist noch viel Zeit. Und 100 Prozent sind verdammt viel. Bis zur vergangenen Woche hatte es geheißen: 80 Prozent bis 2030 zu erreichen sei schon ambitioniert. Jetzt sagen alle: Das klappt. Weil es klappen muss. Das Schwierigste ist der Weg hin zu 100 Prozent. Und was etwa geschieht, wenn Russland die Lieferungen von Öl und Gas stoppt? Dann "könnte es mittelfristig zu Einschränkungen kommen", warnt die Wirtschaftsweisse Veronika Grimm, "beispielsweise zu Stillständen in der Produktion." Pläne für einen solchen Versorgungsnotstand liegen bereits in den Schubladen des Wirtschaftsministeriums und der Bundesnetzagentur. In einem mehrstufigen Verfahren würden Beamte feststellen, dass ein Engpass besteht, die Betreiber von Gasspeichern, Stromnetzen und Versorger sowie Vertreter der Länder an einen Tisch bitten und entscheiden: Wo kann mit dem geringsten Schaden vorübergehend das Gas abgestellt werden? "Es würde dann eine Priorisierung der Haushalte geben", prognostiziert Grimm. Eine anhaltende Versorgungskrise würden hingegen auch Privatverbraucher spüren. Rund die Hälfte der deutschen Haushalte wird mit Gas beheizt. Im Zweifel müssten die Krisenmanager des Wirtschaftsministeriums und der Bundesnetzagentur einzelnen Wohngebieten stundenweise den Hahn zudrehen. Sicher ist nur, dass wir durch diesen Winter kommen, vorausgesetzt, es wird nicht noch außergewöhnlich kalt. Dafür reicht das gespeicherte Gas. Aber was geschieht im nächsten Winter? Im übernächsten? Im überübernächsten?



Falsche Freunde? Ex-Kanzler Gerhard Schröder suchte die Nähe zu Putin und ist Aufsichtsratschef beim Energiekonzern Rosneft Fotos: Roman Pawlowski für FOCUS-Magazin, Paul Langrock/laif, dpa

Berlin am Sonntagabend vergangener Woche, Wirtschaftsminister Habeck gibt der ARD ein Interview. Es geht um genau die Frage, wie Deutschland unabhängig werden kann von russischer Energie. Er lasse alle Energiearten von seinem Haus unter diesem Aspekt untersuchen, antwortet der grüne Minister, auch die Kernenergie werde ohne ideologische Vorbehalte geprüft. Was bedeutet das? Ist das nach dem Ausstieg die erneute Laufzeitenverlängerung? Unwahrscheinlich, aber nicht undenkbar. Am Wochenende hatte Andreas Pinkwart, FDP-Wirtschaftsminister in Nordrhein-Westfalen, die Debatte erneut angefacht. Zum gefühlt 5000. Mal diskutiert das Land über den langsamen Ausstieg. Aber zum ersten Mal nach dem Schlag von Putin gegen die Ukraine. Drei Atomkraftwerke sind noch am Netz: Emsland (RWE), Neckarwestheim 2 (EnBW), Isar 2 (E.ON). Sie liefern rund drei Prozent des deutschen Stroms und werden Ende des Jahres stillgelegt. Das Herunterfahren der Kraftwerke hat längst begonnen, die Brennstäbe sind aufgebraucht, die Betreiberfirmen sind nicht begeistert über einen Ausstieg aus dem Ausstieg. Das Hauptargument ist, dass neue Brennstäbe längst hätten bestellt werden müssen, wenn Atomkraftwerke wirklich helfen sollen in einem akuten Engpass. Zwischen Bestellung und Lieferung vergehen Monate, sodass die Atomkraft als Puffer ausscheidet. Für Habeck ist all das ohnehin problematisch. Ein grüner Minister, der den Ausstieg aus der Atomkraft hinauszögert, wäre für die Partei ein Albtraum. Der Kampf gegen die Kernkraft ist Gründungsmotiv der Partei.

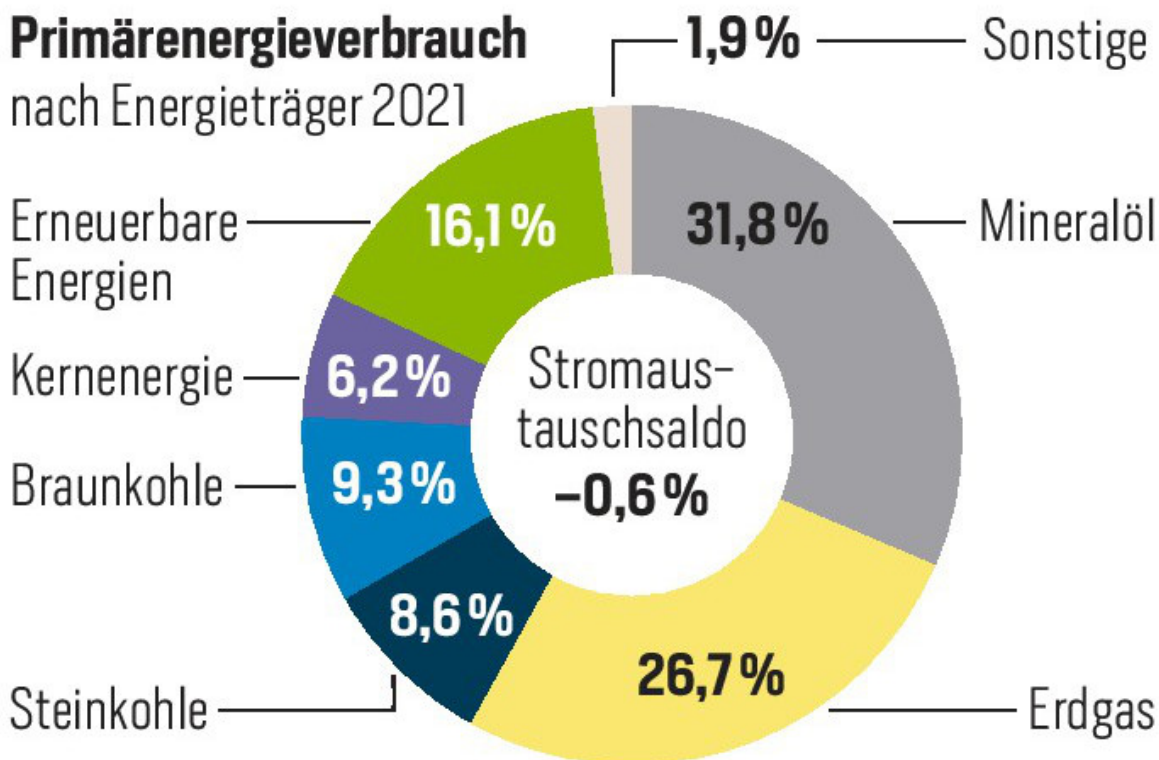
Auch die Kohle ist bei den Grünen verhasst. Ein Besuch im Abbaubereich Garzweiler in Nordrhein-Westfalen zeigt, warum: Mitten auf der von Schlaglöchern übersäten Landstraße nach Mönchengladbach stehen sie plötzlich - vier zusammengelnagelte gelbe Holzkreuze. Links geht es zum 350 Jahre alten Gutshaus von Bauer Eckardt Heukamp. Rechts, jenseits der Böschung, ragen die zwei stählernen Arme eines Schaufelradbaggers in den Märzimmel. Hinter dem Ortsteil Lützerath beginnt das Loch von Garzweiler. Seit Jahrzehnten fressen sich stählerne Riesenraupen durch die Landschaft. Braunkohlebagger des Essener **Energiekonzerns** RWE. Dorf um Dorf verschwand in den vergangenen Jahrzehnten. Mehr als 9000 Hektar groß ist die Fläche, die RWE in eine Mondlandschaft verwandelte - eine Fläche knapp doppelt so groß wie Berlin. Heukamp ist der letzte Landwirt von Lützerath, dem Ort auf der Klippe. Und weil er vor Gericht aufbegehrt gegen die Enteignung seines Bodens, wurde er, der knorrige Landmann mit dem strubbeligen grauen Haar, unfreiwillig zur Symbolfigur des Widerstands. Jener Mann, an dessen 350 Jahre altem Gehöft ein riesiges Plakat hängt: "1,5 Grad heißt: Lützerath bleibt!" Unterstützung bekam er auch von Greta Thunberg, die Lützerath im vergangenen September besuchte. Die Braunkohle. Von allen **Energieformen** ist sie wohl die schmutzigste. Schlechter Wirkungsgrad, schlechte CO₂- Bilanz, träge Kraftwerke. Noch baggern sie hier im rheinischen Revier Tag für Tag mehrere Tausend Tonnen Kohle ab, damit sie etwa im nahe gelegenen Kraftwerk Neurath verbrannt und in Strom umgewandelt werden kann. Doch die Bundesregierung will eigentlich lieber früher als später komplett aussteigen. 2030, so steht es im Koalitionsvertrag von Dezember, soll Schluss sein. Acht Jahre früher als ursprünglich geplant. Doch auch Habeck setzt nun zur Absicherung auf Kohle. Allerdings eher auf Steinkohle, die er als strategische Reserve vorhalten will. So wie es bislang zum Beispiel auch eine Ölreserve gibt, für den Fall, dass die Opec-Staaten nicht mehr ausreichend liefern können. Abgebaut wird Steinkohle in Deutschland bereits seit 2018 nicht mehr. Damals hat die letzte Zeche in Bottrop dichtgemacht. Zukaufen müsste die Bundesrepublik zusätzliche Mengen etwa in Kolumbien, den USA oder Südafrika. Alexander Bethe, Chef des Vereins der Kohleimporteure VDKi hält das für machbar. "Denkbar wäre ein Vorrat in Höhe eines Drittels unserer Kohleimporte, also etwa 10 Millionen Tonnen", sagt er.

Die Versorgung mit Energie

19,4

Milliarden Euro So viel gab Deutschland im letzten Jahr noch für Erdöl und Erdgas aus Russland aus

Primärenergieverbrauch
nach Energieträger 2021



Viel fossile Energie Seit 1990 ist der Anteil von Braunkohle stark gesunken – der von Gas dafür enorm gestiegen

19,6

Millionen Wohnungen werden mit Gas beheizt. Öl nutzen 10, Fernwärme 6 Millionen

22 220 Wind-

2020 räder

Da dreht sich was So viele Anlagen stehen bundesweit an Land. Sie müssen nun ergänzt werden

Quellen: Destatis / BMWI / AG Energiebilanzen / BWE

Um die Kohlereserve zu lagern, könnte Deutschland Flächen in den Häfen Amsterdam und Rotterdam mieten oder aber die Kraftwerke verpflichten, gewisse Mengen auf ihrem Gelände vorzuhalten. Für zwingend notwendig hält Bethe eine solche Kohlereserve für Deutschland allerdings nicht. "Weltweit werden pro Jahr sieben Milliarden Tonnen Kohle gefördert, eine Milliarde wird seewärtig gehandelt", sagt er. Nur 15 Prozent kommen aus Russland.



Speicherplatz In Rehden steht der größte Erdgasspeicher Westeuropas. Betrieben wird er allerdings vom russischen Konzern Gazprom Foto: Frank Schinski/OSTKREUZ, dpa

Der Energiemix der (nahen) Zukunft ist momentan eine Gleichung mit vielen Unbekannten. Am einfachsten wäre es da, wenn sich das russische Gas ersetzen ließe, etwa durch Liquefied Natural Gas, kurz LNG, auf Deutsch: Flüssiggas.

LNG-Terminals als Teil der Lösung?

Brunsbüttel am südwestlichen Zipfel von Schleswig-Holstein. Eine kleine Hafenstadt, in der es auf einmal um große Politik geht. Hier, wo der Nord-Ostsee-Kanal in die Elbe mündet, plant Habeck eines von zwei deutschen LNG-Terminals. Große Tanker bringen das Flüssiggas aus den USA und Katar - bislang allerdings nur bis an die Küste Belgiens oder der Niederlande. Denn Deutschland hat kein eigenes Terminal. Noch nicht. Habeck will das nun dringend ändern ebenso wie Kanzler Olaf Scholz. Gleich zwei Terminals würden gebaut, verkünden sie. Eines in Wilhelmshaven. Und eines eben hier, in Brunsbüttel. Ganz neu ist der Vorstoß nicht. Doch bislang überwogen die Bedenken. LNG-Gas ist teuer, viel teurer als Pipeline-Gas aus Russland. Es dauert, ein solches Terminal zu bauen. Und wer weiß, wie lange man es dann noch braucht, wenn Deutschland auf lange Sicht auf fossile **Energie** verzichten will. Doch der Krieg in der Ukraine hat auch hier die Perspektive verschoben. Auf einmal gilt LNG als Teil der Lösung, so teuer es ist. Einer, der dennoch weiter gegen das Terminal ankämpft, ist Norbert Pralow vom BUND. Auf dem Deich am Hafen von Brunsbüttel stemmt sich der 71-Jährige gegen den Wind. "Wenn die das durchziehen", sagt er, "lernen sie mich kennen." Pralow ist gelernter Schiffsbauingenieur, war

unter anderem in Alaska unterwegs, um Plattformen aufs Eis zu bringen, die Öl und Gas aus der Erde holten. Irgendwann, sagt er, habe ihm gedämmert, welche Folgen seine Arbeit hatte. "Die USA beuten die natürlichen Ressourcen aus und unterdrücken dabei indigene Bevölkerungsgruppen." Pralow sattelte um. Er wurde Berufsschullehrer - und Umweltaktivist. Gegen das LNG-Gas aus den USA ist er auch deshalb, weil es Fracking-Gas ist: Unter hohem Druck wird es mit Chemikalien aus dem Gestein gelöst. Habeck weiß das. Doch er hat kaum eine Wahl. Lieber nimmt er schmutziges Fracking-Gas aus den USA als Gas aus Russland. So haben sich die Prioritäten geändert. Noch Anfang des Jahres gab es wegen des LNG-Terminals in Brunsbüttel bei den Grünen in Schleswig-Holstein richtig Zoff. Die Parteispitze warb um Stimmen für den Bau, die Basis war dagegen. Auch diesen Streit haben Habeck und Scholz nun wohl abgebogen. Alles, so scheint es, wird dem Ziel, die Abhängigkeit von Russland zu reduzieren, untergeordnet. Dabei ist auch das Terminal in Brunsbüttel nicht die schnelle Lösung. Frühestens Ende 2026 kann es in Betrieb gehen. Es zeigt, vor welchem Dilemma Habeck steht. Und es zeigt im Kleinen das Dilemma von Unternehmern wie Carletta Heinz aus Oberfranken. Für sie ist die Unsicherheit der größte Feind. Wie teuer wird die Kilowattstunde? Was kostet der Kubikmeter Gas? Heinz muss das wissen, denn sie will in eine neue Glas-Schmelzwanne investieren. Jetzt, im März, muss sie entscheiden, ob sie 16 Millionen Euro ausgeben will. Eine solche Wanne läuft jahrelang durch - muss man sie zwischenzeitlich abschalten, ist sie hinüber. 16 Millionen wären dann verbrannt. n

LESERDEBATTE

Wie wollen wir in Zukunft heizen?

Schreiben Sie uns an leserbriefe@focus-magazin.de

TEXT VON ANDREAS GROSSE HALBUER, CARLA NEUHAUS, PETER STEINKIRCHNER, SUSANNE STEPHAN UND LARA WERNIG

Bildunterschrift:

Foto: Daniel Reinhardt/dpa

Umwelt im Blick In Brunsbüttel soll eines der zwei LNG-Terminals entstehen. Norbert Pralow vom BUND sieht jedoch Risiken

Falsche Freunde? Ex-Kanzler Gerhard Schröder suchte die Nähe zu Putin und ist Aufsichtsratschef beim **Energiekonzern** Rosneft

Fotos: Roman Pawlowski für FOCUS-Magazin, Paul Langrock/laif, dpa

Gestern und heute Im Kraftwerk Weisweiler wird Braunkohle verstromt. Nebenan betreibt Gamesa einen Windpark

Speicherplatz In Rehden steht der größte Erdgasspeicher Westeuropas. Betrieben wird er allerdings vom russischen Konzern Gazprom

Foto: Frank Schinski/OSTKREUZ, dpa

Quelle: FOCUS vom 05.03.2022, Nr. 10, Seite 50

Rubrik: Wirtschaft

Dokumentnummer: foc-05032022-article_50-1

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/FOCU_509ca50fc502d63bd23634f374364153fdf97a6e

Alle Rechte vorbehalten: (c) FOCUS Magazin-Verlag GmbH

 © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH